

3. Klima-Ziel kompatibel mit dem Klimavertrag von Paris

Parlamentarische Initiative Karin Fehr (Grüne, Uster), David Galeuchet (Grüne, Bülach) vom 7. Januar 2019 KEVU Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt

KR-Nr. 13/2019

Karin Fehr (Grüne, Uster): Die Erde kann eine erträgliche bleiben.

Regierungsrat Martin Neukom hat vor gut fünf Wochen seinen Klima-Deal für den Gebäudebereich präsentiert. Mit einer Änderung des kantonalen Energiegesetzes soll die Wärmeversorgung unserer Häuser CO₂-frei werden, und die Häuser sollen einen Teil ihres Stroms selber produzieren. Martin Neukom macht also Klimaschutz.

Passend zum Klima-Deal von Martin Neukom fordert unsere PI «Klima-Ziel kompatibel mit dem Klimavertrag von Paris» im kantonalen Energiegesetz das CO₂-Reduktionsziel bei netto null festzulegen. Aktuell ist im Gesetz noch ein Reduktionsziel für 2050 von 2,2 Tonnen CO₂ pro Kopf und Jahr verankert.

Die Erde muss eine erträgliche bleiben.

Die internationale Staatengemeinschaft hat sich mit dem Pariser Klima-Abkommen darauf verständigt, die globale Erderwärmung auf deutlich unter 2 Grad Celsius über dem vorindustriellen Niveau zu halten, wenn möglich sogar auf 1,5 Grad Celsius zu beschränken. Bereits eine Erderhitzung um diese 1,5 Grad würde enorme Klima-Veränderungen, schädliche Folgen und grosse Risiken für Mensch und Umwelt bedeuten. Das hat uns der Weltklimarat IPCC (*Intergovernmental Panel on Climate Change*) bereits Ende 2018 in einem Sonderbericht aufgezeigt: generell höhere Durchschnittstemperaturen zu Land und Wasser, Hitzeextreme, Dürre und Waldbrände, Starkniederschläge und Überschwemmungen, Gletscherschmelze, Anstieg des Meeresspiegels, Versauerung des Ozeans. Und all dies mit weitreichenden Folgen für unsere Gesundheit, für unsere Ernährung, für die Wasserversorgung, für unsere Sicherheit, aber auch für unsere Wirtschaft, denn, das ist klar, die Anpassungsmöglichkeiten menschlicher und natürlicher Systeme sind begrenzt.

Noch 2017 hielt der Bundesrat in seiner Botschaft zur Totalrevision des CO₂-Gesetzes nach 2020 fest, dass sich die weltweiten Treibhausgasemissionen auf einem Pfad befinden, der zu einer globalen Erwärmung von 3 bis 4 Grad führt. Für die Schweiz hätte dies aufgrund der geographischen Lage einen nahezu doppelt so hohen und damit überdurchschnittlich gefährlichen Temperaturanstieg zur Folge. Genau deshalb gingen letztes Jahr zehntausende von Menschen in der Schweiz für eine griffige Klimapolitik auf die Strasse; «ufä mit em Klimaziel, abä mit em CO₂» war deren Motto. Sie forderten und fordern uns heute noch auf, rasch zu handeln. Der Nationalrat hat vor Kurzem mit der Verabschiedung des CO₂-Gesetzes einen ersten, wichtigen Zwischenschritt hin zu einer klimaneutralen Schweiz gemacht; weitere Schritte werden schnell folgen müssen. Mitte April 2020, also vor wenigen Wochen, kommunizierte nämlich das BAFU (*Bundesamt*

für Umwelt), dass die Schweiz bei gleichbleibendem Trend ihre Treibhausgasreduktionsziele allein schon fürs Jahr 2020 verfehlen würde. Kaum verwunderlich also, dass zum Beispiel der vergangene schneearme Winter an vielen Ort in der Schweiz der wärmste seit Messbeginn war. Werte Anwesende und geschätzte Zuschauerinnen und Zuschauer, der Klimaschutz, der drängt.

Um sicherzugehen, dass das 1,5-Grad-Celsius-Ziel nicht überschritten wird – das ist das zweite wichtige Ergebnis des IPCC-Sonderberichts –, müssen die Treibhausgasemissionen global bis spätestens um 2040 auf netto null gesenkt und bis 2030 um mindestens die Hälfte reduziert werden, die Hälfte gegenüber 1990. Gemäss dem Net-Zero-Tracker streben aber nur gerade vier Länder, Schweden, Island, Österreich und Finnland, an, die Treibhausgasemissionen vor 2050 auf netto null zu senken. Das sind deutlich zu wenige, wenn wir uns vor Augen führen, dass global die Treibhausgasemission bis spätestens 2040 auf netto null gesenkt sein müssen, wenn wir das 1,5-Grad-Celsius-Ziel erreichen wollen.

Für die Grüne Fraktion ist deshalb klar: Der Kanton Zürich als Forschungs-, Innovations- und Bildungsmotor der Schweiz verfügt über beste Voraussetzungen, den raschen Rückgang der Treibhausgasemissionen voranzutreiben. Wenn sich Finnland, welches heute noch mehr CO₂ ausstösst als die Schweiz, für 2035 Netto-Null-Treibhausgasemissionen zum Ziel gesetzt hat, warum kann sich der Kanton Zürich nicht der CO₂-Neutralität bis 2030 verschreiben? Die Zürcher Vorreiterrolle gebietet sich aber auch aus Gründen der Klimagerechtigkeit: Wer früh zu viel fossiles CO₂ ausgestossen hat, soll jetzt auch früher damit aufhören und ärmere Länder beim Klimaschutz unterstützen. Oder in den Worten der Klimabewegung: What do we want? Climate justice.

Angesichts der Notwendigkeit von schnell mehr Klimaschutz und Klimagerechtigkeit müssen wir im kantonalen Energiegesetz das heutige CO₂-Reduktionsziel durch ein wesentlich ehrgeizigeres ersetzen. Zusammen, wir haben das von Martin Neukom gehört, mit der Zürcher Regierung schaffen wir das. Ich danke Ihnen für die Überweisung dieser PI.

Orlando Wyss (SVP, Dübendorf): Diese parlamentarische Initiative macht eigentlich keinen Sinn, weil in den nächsten Monaten mit der Vorlage 5614, der Änderung des Energiegesetzes und der Umsetzung der MuKE n 2014 (*Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich*), das Energiegesetz sowieso angepasst wird. Der seinerzeitige Erstunterzeichner dieser PI (*der damalige Kantonsrat Martin Neukom*) sitzt nun als Energiedirektor bei den Kommissionsberatungen immer mit am Tisch. Er hat mit Engelszungen dieses Energiegesetz vorgestellt und weiss genau, dass seine rotgrünen Mitstreiter die Vorlage nach seinem Gusto verschlimmbessern werden. Wie dies funktioniert, haben wir anfangs Monat im Bundesparlament mit dem CO₂-Gesetz gesehen. Das Gesetz ist vollgeladen mit Geboten, Verboten, Steuern, Abgaben und Subventionen. Hier wird ein gigantischer Subventionstopf namens Klimafonds geschaffen, aus welchem sich die rotgrüne Klientel reichlich bedienen kann. Bezahlen soll das der arbeitssame Mittelstand mit höheren Steuern, Abgaben und Gebühren. Dieser wird geschröpft, auch als

Mieter und Liegenschaftsbesitzer, ohne dass sich auch nur etwas an unserem Klima verändert.

Doch die SVP wird zusammen mit Wirtschaftsverbänden hier das Referendum ergreifen. Denn etwas hat sich verändert gegenüber dem letzten Jahr, als die Wählerinnen und Wähler wohlstandsverwöhnt in wirtschaftlich sonnigen Zeiten sich auf ein Experiment einliessen und massenhaft Politikerinnen und Politiker wählten, welche noch nie in der Privatwirtschaft Geld verdient haben und nur so von Ideen strotzten, das Geld der Steuerzahler umzuverteilen. Die Zeiten haben sich verändert. Der blondbezopfte Klima-Apostel aus Schweden (*gemeint ist Greta Thunberg, schwedische Klimaaktivistin*) ist schlagartig aus den Medien verschwunden und drückt wieder die Schulbank. Die sich letztes Jahr schon abzeichnende wirtschaftliche Abkühlung verwandelt sich in eine starke Rezession. Wir werden diesen Herbst mit einer Arbeitslosigkeit konfrontiert sein, wie wir das uns vor Kurzem nicht vorstellen konnten. Die Angst vor dem Arbeitsplatzverlust wird an erster Stelle des Sorgenbarometers der Bevölkerung stehen. Und da wollen die linksgrünen Klimaenthusiasten, sekundiert mit ihren scheinbürgerlichen Gesinnungsgenossen denjenigen, welche noch eine Arbeitsstelle haben, mit beiden Händen das Geld aus den Taschen stehlen. Wir können gespannt sein, was die KEVU (*Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt*) mit ihrer linksgrünen Mehrheit aus diesem Energiegesetz macht.

Die Ziele dieser parlamentarischen Initiative zeigen auf, dass fossile Heizungen in den nächsten Jahren verboten und auch in bestehenden Häusern ersetzt werden müssen. Anders sind diese Ziele nicht zu erreichen. Und gleichzeitig haben wir eine unsinnige eidgenössische Energiepolitik, welche auf Atomkraftwerke verzichten will und zu einer unsicheren Energieversorgung führt. Sollten wir in der Zukunft einen energetischen Lockdown erleben, war die Corona-Krise (*Covid-19-Pandemie*) dagegen ein Kindergeburtstag. Ich hoffe, die FDP kriecht nächstens unter ihrer grünen Decke hervor und sieht am wirtschaftlichen Horizont die dunkeln Wolken, welche die Sonne verdeckt haben – lieber spät als zu spät.

Ob diese PI überwiesen wird oder nicht, macht eigentlich keinen Unterschied. Wie ich Ihnen eingangs schon gesagt habe, werden die Ziele dieser PI von linksgrüner Seite sowieso in die Vorlage 5614 (*Energiegesetz*) eingebracht. Wir von der SVP und EDU werden diesen Unsinn natürlich nicht unterstützen und lehnen diese PI ab.

Christan Schucan (FDP, Uetikon am See): Heutige und künftige Generationen haben Anspruch auf gut erhaltene Lebensgrundlagen. Diese sind jedoch wegen des Klimawandels und der schwindenden Artenvielfalt immer stärker unter Druck. Die Veränderung des Klimas, die unmittelbar oder mittelbar menschlicher Aktivität zugeordnet werden kann, ist unbestritten eine weltweite Herausforderung. Beispiele hierfür sind der Rückgang der Gletscher, vermehrte Wetterextreme, abnehmende Tier- und Pflanzenvielfalt oder die Veränderungen im Wasserhaushalt.

Die FDP steht zum Pariser Klimaübereinkommen: Die Treibhausgasemissionen müssen bis 2030 gegenüber 1990 halbiert werden, langfristig, das heisst bis 2050,

sollen die Emissionen auf netto null gesenkt werden. Ich betone hier netto null, was nicht mit einer absoluten Null gleichzusetzen ist. Gleichzeitig muss die Qualität von Wasser, Luft und Boden verbessert werden, und der Verlust der Artenvielfalt gestoppt werden. Nichtstun ist keine Option. Wir müssen unsere Wirtschafts- und Lebensweise umweltfreundlicher gestalten und den Verbrauch von fossilen Energieträgern reduzieren. Das bedeutet aber nicht Verlust und Verzicht, sondern auch eine Chance für die Gesellschaft und Wirtschaft. Entsprechend macht es auch Sinn, die heutige im Energiegesetz verankerte Vorgabe von 2,2 Tonnen CO₂ auf die Zielsetzung gemäss Pariser Klimavertrag zu reduzieren. Wenn man sieht, dass wir heute bei zirka 5,0 Tonnen stehen, dann sieht man, dass bereits die bestehende Vorgabe nicht einfach zu erreichen ist. Dies bedeutet, dass mit verschärften Zielen auch griffigere Massnahmen notwendig werden.

Hier möchte die FDP mit auf den Weg geben, dass sie Anreizsystemen hier klar den Vorrang gibt. Wie schnell Verbote zu deutlich höheren Arbeitslosenzahlen führen, hat uns auf unfreiwillige Weise der Lockdown aufgrund Covid-19 vor Augen geführt. Klar haben diese Massnahmen das Gesamtsystem runtergefahren, und die gesamte Wirtschaft und Gesellschaft betroffen, allerdings und hoffentlich nur mit der Etikette «nur kurzfristig gültig, so lange unbedingt nötig». Daher kann diese Situation nicht direkt zu Vergleichen herangezogen werden. Diese Erfahrung zeigt aber, dass eine gut funktionierende Wirtschaft, unsere Lebensqualität und unser Wohlstand nicht einfach gegeben sind, sondern sorgsam gepflegt und beachtet werden müssen. Diesem Umstand ist bei der Ausgestaltung von Massnahmen zwingend Rechnung zu tragen. Einen wesentlichen Beitrag dürfte daher nicht nur dem Vermeiden von CO₂-Ausstoss zukommen, sondern auch der Förderung von CO₂-Senken, das heisst Anlagen, die CO₂ aus der Umwelt absorbieren, wie dies die Firma Climeworks in Hinwil heute zugegebenermassen erst im kleinen Stil bereits tut. Interessante Ansätze stellen auch Projekte dar, Kehrrichtverwertungsanlagen so auszugestalten, dass sie kein CO₂ mehr in die Atmosphäre abgeben, wie dies die KVA Linthgebiet (*Kehrrichtverbrennungsanlage*) mit einem Pilotprojekt bereits verfolgt.

Im Sinne dieser Anmerkungen wird die FDP die parlamentarische Initiative vorläufig unterstützen.

Farid Zeroual (CVP, Adliswil): Die Ergebnisse der Beratung in Bundesbern zeigen es deutlich: Gesetzgebung zum wirksamen Klimaschutz ist ein nationales Thema. Bereits in seiner Medienmitteilung vom 28. August 2019 schrieb der Bundesrat: Die Schweiz hat sich im Rahmen des Pariser Klimaübereinkommens verpflichtet, bis 2030 ihren Treibhausgasausstoss gegenüber dem Stand von 1990 zu halbieren. Aufgrund der neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse des Weltklimarates hat der Bundesrat an seiner Sitzung vom 28. August 2019 entschieden, dieses Ziel zu verschärfen: Ab dem Jahr 2050 soll die Schweiz unter dem Strich – und ich betone hier ausdrücklich «unter dem Strich» –, keine Treibhausgasemissionen mehr ausstossen.

Mit der Beratung der Vorlage 5614 des Energiegesetzes zur Umsetzung der MuKEN hat der Regierungsrat am 22. April 2020 den Weg in Richtung zur Umsetzung der CO₂-Emissionsziele entlang des Pariser Klimaabkommen eingeleitet. Folgerichtig schreibt der Regierungsrat in der Vorlage 5614 im Kapitel Auswirkungen: «Damit trägt der Kanton seinen Anteil an die vom Bund angestrebte Senkung um 50 Prozent gegenüber 1990 bis 2027 bei und macht einen ersten wichtigen Schritt zur vollständigen Dekarbonisierung, netto null, des Gebäudesektors bis 2050.» Interessant sind die Formulierungen «unter dem Strich» und «netto null» der Regierungen. Diese Formulierungen geben nämlich den Inhalt des Pariser Klimaabkommens in der tatsächlichen Form wieder: Netto-Null-Ziel bis 2050. Den Initianten jedoch, ist mit der Forderung das Energiegesetz «Klima-Ziel kompatibel mit dem Klimavertrag» zu ändern, ein handwerklicher Fehler unterlaufen. So steht in der PI «der CO₂-Ausstoss pro Kopf und Jahr auf 0 Tonnen bis 2050 zu senken». Sorry, eine Absenkung auf absolut 0 Tonnen CO₂ pro Kopf, wie dies im Text zum Ausdruck kommt, ist eine Illusion oder grober Unfug. An dieser Stelle danke ich dem zuständigen Regierungsrat Martin Neukom, welcher ursprünglich Erstunterzeichner der PI war, für sein Einsehen. Mit der Vorlage 5614 wird dem Ziel der CO₂-Reduktion Rechnung getragen, ohne eine unsinnige Regelung in den Artikel eins einzuführen.

Die CVP-Fraktion wird diese PI nicht unterstützen.

Judith Stofer (AL, Zürich): Seit 25 Jahren verbringe ich meine Sommer- wie auch Winterferien im Engadin. Je eine Wanderung zum Morteratsch- und Rosegg-Gletscher gehören dabei meistens zum Programm. Es ist eindrücklich mitzuverfolgen, wie schnell der Morteratsch-Gletscher von Jahr zu Jahr wegschmilzt. Seit Beginn der Messungen im Jahr 1878 ist der Gletscher von ursprünglich 8,6 Kilometern auf heute unter 6 Kilometer Länge geschrumpft. Täglich verliert der Gletscher rund eine Tonne Eis und er schrumpft seit Beginn der Messungen pro Jahr im Durchschnitt um 20 Meter.

Mir sind die episch und umständlich vorgetragene Einwände der bürgerlichen Ratsseite noch in den Ohren, die sie vor rund einem Jahr bei der Klima-Debatte in diesem Rat vorgetragen haben. Dass die Gletscher so rasant wegschmelzen habe natürliche Ursachen, betonte sie damals. Natürliche Einflüsse wie Sonneneinstrahlung, Vulkanismus oder Wechselwirkungen zwischen Atmosphäre und Ozean tragen ohne Zweifel zur Klimaerwärmung bei. Doch – und hier kommt das grosse Aber – zahlreiche Studien haben festgestellt, dass der grösste Teil der Klima-Erwärmung menschengemacht ist. Die wirtschaftlichen Aktivitäten der Menschen sind leider nicht sauber, sondern sie verursachen enorme Mengen an Treibhausgasen. Unsere Lebensweise, unsere Heizungen, das Fliegen, der Strassenverkehr, die Industrie sind für die Konzentrationszunahme von Treibhausgasen wie Kohlenstoffdioxid, Methan und Lachgas verantwortlich. Kurz gesagt, und es ist nicht zum Lachen: der Treibhauseffekt und damit die Klimaerwärmung sind von Menschen gemacht. Wir tragen dazu bei, dass die Gletscher wegschmelzen. Es liegt darum ganz klar in der Verantwortung der gesamten Gesellschaft, den Schaden, den sie angerichtet hat und weiter anrichtet, auch wieder in Ordnung

zu bringen. Wir haben als Gesamtgesellschaft eine riesengrosse Bringschuld gegenüber unserer Umwelt, das heisst, wir müssen die Klimaerwärmung so schnell wie möglich stoppen, den Schaden minimieren und die Erderwärmung auf deutlich unter 2 Grad beschränken. Wie Sie ja alle wissen, steht die Forderung von Netto-Null bis 2030 der Klimajugend längst im Raum. Es ist kein ambitioniertes Ziel, sondern schlicht und einfach ein letzter Rettungsanker, um Schlimmeres zu verhindern. Mit Netto-Null bis 2050, wie es die PI fordert, ist das Ziel, an die pragmatische Politik des Kantons Zürich angepasst. Die Alternative Liste wird darum diese PI unterstützen.

Unsere Gesellschaft, die ganze Schweiz, der Wirtschaftskanton Zürich kann das; es braucht ganz einfach den Willen dazu. Wir sind ein hochentwickeltes Land. Wir haben das Knowhow, wir haben kreative Köpfe, die Universitäten und Fachhochschulen sind voll davon, und wir haben das Geld. Wir haben alles, wir haben die besten Voraussetzungen, um das Klima-Ziel zu erreichen. Wir müssen nur wollen, und die Politik muss gewillt sein, die richtigen Rahmenbedingungen zu setzen. Statt auf die gierige und umweltschädliche Finanzindustrie zu setzen, die uns ins Verderben reitet, sollten wir auf die vielen hellen Köpfe und die KMUs im alternativen Energiebereich und in der ökologischen Wirtschaft setzen. Nutzen wir die Chance, bevor es zu spät ist, und wir nur noch eine tote und vergiftete Welt haben.

Die Alternative Liste wird die Parlamentarische Initiative unterstützen, weil wir vorwärtskommen wollen. Tun Sie es uns gleich, unterstützen Sie die PI und lassen Sie uns gemeinsam einen Schritt vorwärts machen. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Beat Habegger (FDP, Zürich): Diese PI verlangt null CO₂-Emission bis 2050, stützt folgerichtig den kantonalen Weg zur Erreichung der Pariser Klima-Ziele, aber wichtig ist, dass bei der Klima-Diskussion, bei den Zielen dieses netto null genannt wird. Warum eigentlich? Farid Zeroual hat richtigerweise darauf hingewiesen. Wir sind ein bisschen gnädiger mit der Formulierung der PI und gehen davon aus, dass eigentlich netto null gemeint ist. Warum netto null? Weil es eben auch 2050 noch Emissionen geben wird. Es gibt einige Industrien, die werden sicher nicht bei null sein, sogar der Klimawandel selber führt etwas paradoxerweise zur Freisetzung von heute natürlich eingelagertem CO₂. Deshalb braucht es eben neben der Emissionsreduktion auch die Entwicklung von marktfähigen Technologien zur Abschöpfung von CO₂ aus der Atmosphäre. Eigentlich müssten wir heute ein neues Ziel fordern; wir müssten eigentlich netto negativ fordern, weil netto null ist nur ein Zwischenziel. Das Emissionsbudget zur Stabilisierung des globalen Klimas über das ganze 21. Jahrhundert verlangt natürlich, dass eigentlich sogar mehr CO₂ aus der Atmosphäre extrahiert werden muss, als bis dahin emittiert wird. Das lässt sich eben mit Emissionsreduktion allein nicht erreichen. Wir müssen CO₂ abschöpfen. Gefordert sind hier Universitäten und Unternehmen, und es müssen sich funktionierende Märkte für den Handel mit Zertifikaten entwickeln. Unternehmen im Kanton haben angefangen, in diese Techno-

logien zu investieren, in diese Märkte zu investieren, in diese Emission-Zertifikate. Das ist eine positive Entwicklung. Ich hoffe eigentlich, dass der Kanton Zürich hier auch etwas dazu beitragen kann. Der Baudirektor hört es jetzt gerade nicht, aber er ist jetzt an der perfekten Stelle, dies zu überprüfen und ich überlasse es ihm als Urheber der PI, jetzt dies umzusetzen. Besten Dank.

Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht): Es wird immer perverser. Die FDP überholt die CVP noch links. Jetzt haben wir dann bald kein CO₂ mehr in der Atmosphäre, lieber Beat Habegger. Und dann ersticken wir alle, wir haben ja 78 Prozent momentan etwa. Da können wir sicher etwas bewegen im Kanton Zürich.

Aber jetzt noch zu Kollege Forrer: Uns wird vorgeworfen, wir würden diese Debatte verlängern, Herr Forrer. Überhaupt nicht. Sie verlängern diese Debatte. Mein Kollege Wyss hat es Ihnen gesagt: Diese PI, die wird sistiert. Diese PI, die geht nachher in die Debatte des Energiegesetzes. Und Sie könnten mit einem einzigen Satz, das, was Sie hier wollen, diese PI hat einen Satz, könnten Sie dort reinbringen. Also, was Sie machen, ist, Sie verlängern hier die Debatte, liebe Linke und Grüne, und das nur, damit die Bürger uns hier sehen im Fernsehen. Ich weiss nicht, ob das zielführend ist. Und ich weiss auch nicht, ob es zielführend ist, wie hier mit Plattitüden Politik gemacht wird, anstatt – und da mache ich ein Kompliment an Kollege Schucan – dass man vielleicht mal schaut, was man in der Technik machen könnte. Von da (*gemeint ist die linke Ratsseite*) habe ich diesbezüglich noch nichts, noch überhaupt nichts gehört heute, sondern nur linke, grüne Plattitüden-Politik. Und das ist extrem schade, wenn man wirklich konkret arbeiten möchte.

René Isler (SVP, Winterthur): Die Schweiz will umsteigen: weg vom ÖV, hin zum Velo und Auto. Die Corona-Krise wird laut einer grossen Umfrage der schweizerischen Eidgenossenschaft das Mobilitätsverhalten nachhaltig verändern – das wurde übrigens von mehreren Medien dementsprechend auch kolportiert. Das dem zurzeit so ist, werde ich nach meiner kurzen Rede unserer charmanten zweiten Vizepräsidentin (*Esther Guyer*) mittels einer Livefotografie mit Ort und Zeitangabe der S24 von letzter Woche zeigen, wie wir noch kurz vor der Corona-Krise vor Winterthur stehen mussten, waren wir doch tatsächlich nur noch zu zweit in unserem Abteil nach Oerlikon. Und wenn man gestern im ORF (*österreichisches Fernsehen*) ganz zufällig erfährt, dass in China nochmals über 100 Kohlenkraftwerke gebaut werden, diese nochmals zusätzlich mit 4,6 Milliarden Tonnen Kohle befeuert werden, müssen einem die heutigen Diskussionen über unseren schönen Kanton Zürich eigentlich schon zu denken geben. Wir fahren gegen null; wir können zurück in die Höhle. Und China baut Kohlenkraftwerke, die 7,5-tausend Mal mehr CO₂ ausstossen wie die Schweiz im ganzen Jahr, 7,5-tausend zu 1. Darüber müssen wir uns schon auch Gedanken machen. Und wenn man hört, der Kanton Zürich sei zivilisiert, unterstellen Sie ja den Chinesen, sie seien nicht zivilisiert.

Ueli Bamert (SVP, Zürich): Ich möchte noch eine kurze Replik geben auf das, was Frau Stofer gesagt hat. Ich meine, es ist ja schön, was Sie fordern. Sie fordern CO₂ runter, immer mehr – es kann nicht extrem genug sein. Mittlerweile will sogar die FDP nicht nur die CVP, sondern alle anderen links überholen, indem sie sogar noch ein Minus-CO₂-Ziel definiert. Sie können das alles fordern; das ist okay. Am Schluss muss dann das Volk entscheiden, was es davon hält. Aber hören Sie doch endlich auf, so zu tun, als würde irgendein Gletscher auch nur einen Millimeter weniger schrumpfen, wenn wir hier drin irgendwelche Massnahmen beschliessen. Das ist einfach die Bevölkerung angelogen. Und Sie wissen es ganz genau, dass Ihre ganze Argumentation nur auf dem moralischen Argument baut: Wir müssen, weil wir es können. Das mag sein, doch hören Sie auf, so zu tun, als würde irgendein Gletscher weniger schmelzen, nur, weil wir hier drinnen irgendwelche Massnahmen beschliessen. Vielen Dank.

Abstimmung

Für die vorläufige Unterstützung der parlamentarischen Initiative KR-Nr. 13/2019 stimmen 113 Ratsmitglieder. Damit ist das Quorum von 60 Stimmen erreicht. Die Initiative ist vorläufig unterstützt.

Ratspräsident Roman Schmid: Ich beantrage Ihnen, die parlamentarische Initiative einer Kommission zu Bericht und Antrag zu überweisen. Sie sind damit einverstanden.

Die Geschäftsleitung wird Ihnen an einer der nächsten Sitzungen einen Zuweisungsantrag stellen.

Das Geschäft ist für heute erledigt.